

erschienen täglich
nachmittags mit Ausnahme des
Sonntags und Feiertags.
Abonnementpreis
monatlich 50 P., 1/2jähr. 1.50 M.
während frei ins Haus. Durch
die Post bezogen 1.66 M.
„Die Presse Welt“
(Anschaffungsbeilage), durch
die Post nicht bestellbar, kostet
monatlich 10 P., 1/2jähr. 30 P.

Wochenblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 16, Eingang Silbergasse.

Telegraphen-Adresse: Weltblatt Halle/Saale.

Wotto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 254.

Mittwoch den 30. Oktober 1895

6. Jahrg.

Abonnements-Einladung.

Für Monat November kostet das **Wochenblatt** frei ins Haus 50 P., Bestellungen werden mündlich und schriftlich entgegengenommen von unseren Austrägern, bei den Filialstellen und der Hauptexpedition, Silbergasse 1.

Neu hinzutretende Abonnenten erhalten die im Oktober noch erscheinenden Nummern kostenfrei.

Der Klassenkampf.

Die gesellschaftliche Umwandlung, welche die Sozialdemokratie erstrebt und welche die Befreiung nicht allein des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet, bedeutet, kann, wie unter Parteiprogramm in durchaus folgenreicher und logischer Schlussfolgerung aus den ökonomischen Tatsachen und der Klassenentwicklung der kapitalistischen Gesellschaft betont, „nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessentrennungen mit sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.“

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung — erklärt unser Programm weiter — ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übertrag der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Dieser Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturgemäßes Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei.

Das ist die klar ausgesprochene Stellungnahme der Partei zum Klassenkampf, die sie seit mehr als zwei Jahrzehnten unerschütterlich festgehalten hat. Schon im Gothaer Programm war sie in voller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Sie fußt auf der von Marx und Engels begründeten materialistischen Geschichtsauffassung, welche in aller bisherigen Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen sieht, beruhend auf den gegenläufigen materiellen Interessen der verschiedenen Klassen.

Diese Klassenkämpfe als Triebfedern der Entwicklung sind auch in früheren Geschichtsperioden vorhanden. Aber ihr Charakter kommt den Kämpfen selbst meist nicht zum Bewußtsein. Dadurch unterscheidet sich der Kampf der modernen Arbeiterklasse von allen früheren Klassenkämpfen, daß er von den Kämpfenden im vollen Bewußtsein ihrer Klassenlage geführt wird, daß sich die Arbeiter als Klasse fühlen und als solche auf dem politischen Kampfplatz erscheinen. Zwar sind noch nicht alle Schichten der Arbeiter-

klasse von diesem Klassenbewußtsein durchdrungen; aber die Erweckung desselben durch die Sozialdemokratie schreitet mächtig vorwärts, unterstützt durch die wirtschaftliche Entwicklung, die den noch politisch rückständigen Arbeitern mit aller Macht Klassenkampf einpaukt.

Der moderne Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie und die läbliche Ausbeuterklasse läßt sich theoretisch sehr scharf darstellen als Kampf einer Klasse gegen eine bestimmte andere Klasse. In der Praxis jedoch wird diese Schärfe der Begrenzung vielfach verwischt. Was in der Theorie sich rechtlich rein und zweifellos abgrenzen läßt, greift in der Wirklichkeit des Lebens mannigfaltig in einander über; die vielfachen Verästelungen der wirtschaftlichen Beziehungen und politische Parteistellungen beeinflussen die jeweiligen Formen des Klassenkampfes und bestimmen den Charakter der in den einzelnen Epochen für die Förderung der Bewegung aufgestellten und verfolgten Forderungen.

Die Entwicklung der Sozialdemokratie, der Führerin im Klassenkampf, weist diesbezüglich zwei verschiedene Stadien von entgegengesetzter Richtung auf. Der Anfang der Bewegung zeigt nur in verhältnismäßig geringem Maße den Klassencharakter; die eigentlichen Träger der Bewegung sind zum guten Teile Elemente aus dem Bürgertum; die Bewegung selbst wird mehr als eine allgemein menschliche, auf den Prinzipien der Gerechtigkeit und Humanität beruhende aufgefaßt, an welcher alle, die diesen Prinzipien huldigen, ein gleiches Interesse haben. Allmählich jedoch legt sich die Erkenntnis des Klassencharakters der Bewegung mehr und mehr fest. Die Sozialdemokratie wird die bewußte Vertreterin des Proletariats und seiner Interessen. Die Partei aber ist immer noch klein und — ein wichtiger Umstand — legt sich in ihrer überwiegenen Mehrheit aus Industriearbeitern zusammen. Ihr Augenmerk richtet sich naturgemäß auf deren Interesse und das wachsende Bewußtsein des Klassencharakters der Bewegung kommt darin zum Ausdruck, daß die Genossen allen anderen Bevölkerungsschichten gegenüber einen möglichst scharfen Standpunkt einnehmen. Alles, was nicht geeignet ist, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter direkt zu fördern oder ihre politische Berechtigung zu erweitern, wird verworfen, ja selbst der durch die Verhältnisse gegebene Kampfboden verworfen, weil die Kleinheit der Bewegung noch jede direkte Einwirkung auf die politischen Gestaltungen unmöglich macht. Man erinnere sich nur der scharf abweisenden Stellungnahme zum Parlamentarismus, der in der Partei nur als willkommene Agitations Gelegenheit galt. Diese Auffassung ist durchaus erklärlich, wenn man sich die brutale Feindseligkeit vergegenwärtigt, womit die bürgerlichen Parteien von vornherein den Vertretern der Arbeiterklasse entgegenzutreten, und die Ungebuld erweist, die eine jugendfrische himmelstürmende demokratische Bewegung erfassen mußte bei dem Gedanken, in jahrzehntelangen Jahren Ringen erst sich die politische Macht zu erobern. Die Zerstörung der höchsten Illusionen über die erhoffte rasche bewirkende Wirkung des allgemeinen Wahlrechts durch die politische Wirklichkeit mußte einen gewaltigen Rückschlag aus-

üben, bis sich die Erkenntnis Bahn gebrochen hatte, daß auch demokratische Einrichtungen volkstümliche Resultate zeitigen, so lange nicht in den Massen selbst der demokratische Geist lebt.

Dieser Geist in die Massen hineinzutragen, sie für die Gedankenwelt des Sozialismus zu gewinnen, wurde die Hauptaufgabe der Sozialdemokratie, der sie sich mit unüberwindlichem Eifer genudelt hat. Die Früchte dieser Tätigkeit zeigen sich in dem rapiden Wachstum der Partei. Wie sie aber überhaupt auf der ökonomischen Entwicklung fußt, mußte die schärfere Ausgestaltung und Zuspitzung des Kapitalismus ihr notwendigerweise außerordentlich förderlich sein.

Zunächst waren es fast ausschließlich die Lohnarbeiter, welche schwer unter dem Druck des Kapitalismus litten. Je mehr er aber seine Fingerringe ausbreitete, wurden im selben Maße auch andere Bevölkerungsschichten in ihrer wirtschaftlichen Position bedroht und bedrängt; die allgemeine Unzufriedenheit wuchs und die Interessen der bedrängten Mittel- und Kleinbürger und Bauern, wurden denen der Arbeiter insofern genähert, daß beide Teile die bringende Notwendigkeit einer Umbenennung der gegenwärtigen Zustände fühlten. Auch in weiteren Kreisen regte sich ein lebhafteres Empfinden für die unerhörte Ungerechtigkeiten des heutigen Wirtschaftssystems und seine Unhaltbarkeit.

So wurden einerseits dem Sozialismus neue Anhänger zugeführt aus Kreisen, die ihm bis dahin nur sehr schwer zugänglich waren, andererseits aber lernten die Lohnarbeiter in jenen vom Kapitalismus ebenfalls in ihrer Existenz erschütterten Mittel- und Kleinbürgerkreisen natürliche Verbündeten erkennen, die, sobald sie ihr Interesse richtig verstanden, gemeinsam mit den Arbeitern an der gesellschaftlichen Umgestaltung arbeiten mußten. Daß die Mehrheit dieser Mittel- und Kleinbürger Erkenntnis noch nicht gelangt ist, daß sie vorläufig nur ihr Heil in kleiner reaktionären Maßnahmen sieht, ändert an dieser Thatsache nichts; es magh nur die Aufgabe, diesen Schichten Klarheit über ihre eigene Situation zu bringen, zu einer zwingenden. (Schluß folgt.)

Etwas Neues von der Justiz.

Die Glaubwürdigkeit unter Eid ist zunächst von ethischen staatsmoralischen Beamtenden Sozialdemokraten bestritten worden, weil sie Sozialdemokraten sind. So etwas macht Schule. Jetzt ist auch den Dissidenten ähnliches passiert. In einer Verhandlung, die am 2. Oktober vor dem Schöffengericht in Sondersberg i. Br. gegen einen Schöffengericht wegen Beamtenbeleidigung stattfand, hatte der Vertreter der Staatsanwaltschaft in seinem Plaidoyer über einen der Bezeugten gesprochen, dieser sei Dissident und ihm daher schon ein Meineid zuzurechnen. Anknüpfend an diesen Vorhang verurteilten sechs Mitglieder der freien evangelisch-lutherischen Gemeinde zu Sondersberg in vorigen Winter folgende öffentliche Erklärung:

Die Nr. 125 des hiesigen sozialdemokratischen Organes **Wochenblatt** bringt den Bericht einer Schöffengerichtsverhandlung, nach welchem der Vertreter der Staatsanwaltschaft den Eid eines Zeugen unter anderem damit als unzulänglich begründet, daß der Zeuge Dissident ist. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hat also in seiner amtlichen Stellung die generelle Behauptung hingestellt, daß Dissidenten ein Me-

inbrägen der Mann ist auch nicht nötig; er schlägt seine Frau und läßt sie in den Särgern in den Gefäß von Wollfing.

Die Bierwonne verzog mit dem Ausdruck nicht Wollfing den Mund:

Solche Dingen; das hat allerdings erstelste Kranzheiten! Viel... Aber was ich mir nicht verheiß, daß Du keinen Sohn mit der Tochter von dem du nicht verheißt hast!

„Gegen läßt.“ Kalte sie mal, wenn Du kannst! „Ne Garten nicht an den unfern, dort hinter m Hübel haben sie das Behalten uns angefangen, man konnte nicht ein einziges Mal Wasser trinken, ohne sie zu überfallen.“

Das war in all diesen ein auseinander gedrängten Haushalten daselbst; kann man es bündel, so fanden sie die Männer und Mädchen im Garten zusammen. Aber weil sie sich halter verherateten, so fand niemand etwas Ages darin; nur die Mütter haben es nicht gerne, wenn ihr Söhne sich so früh haben, wenn ein verheirateter Sohn nichts mehr für das Elternhaus verdient.

„Du tustest vielleicht auf der Sache ein Ende zu machen!“ meinte die Bierwonne. „Sie hat nun schon zwei Kinder vom Johannes, da bist nichts, sie werden nicht mehr von einander lassen.“

Doch die Waidweib doch vorhin die Hand:

„Ich verheißte sie, wenn sie nicht aufhören! Meß Dir das Johannes ist zunächst seinen Eltern Nichts! Ich bin, es hat uns Geld genug gefehlt, das muß er erst wieder herbeibringen, che er aus Seiraten geht! Was, glaubst Du, sollte aus uns werden, wenn die Kinder, sobald sie groß sind, für sich selbst arbeiten wollten? Ah, da könnte man ja lieber gleich sterben, das wäre gefahrlos!“

Endlich beruhigte sie sich:

„Ich spreche natürlich nur im allgemeinen. Später werden wir schon sehen, was sich machen läßt... Dein Kaffee ist sehr stark; Du tustst hinein, was recht ist...“

Während die Frauen noch eine Bierwonne geplaudert hatten, sprang die Waidweib plötzlich auf. Die Suppe für ihre Männer ist noch nicht bereit! Und sie lief davon.

Die Kinder lachten jetzt zur Schule zurück. Vor einigen Haushalten hatten Frauen und blühen der Frau Hannebau nach, die mit ihren Vätern die Häuter entlang führt. (Fortsetzung folgt.)

271

Germinal.

Sozialer Roman von Emil Foa.

(Waidweib verboten.)

Sie war böse auf die Levaque, die, obwohl Boutecloup gefehlt seine Worte vorwärts geschah, ihr voranmerkt hatte, wie schlecht es ihr gehe, damit man nicht auf den Gedanken komme, sie um ein Arsch zu bitten. Die Frauen im Arbeiterdorf plätscherten ungenierend Geld zu leihen.

Aber da fällt mir ein, fuhr die Mutter fort, „wird mir doch eine Mähle voll Stoffe in ein Stück Papier; ich will ihn der Bierwonne hinüberbringen, der ich ihn seit vorgestern habde.“

Und nachdem ihr die Kleine den Stoff abgenommen hatte, ging sie, mit Hilfe auf dem Arme, hinüber. Nur auf einen Augenblick, sagte sie zu Märiten, während der Alte noch immer schweigend seine Mariottes laute und heinrich und Leonore sich am Hüftboden und die Schalen stritten.

Sie nahm den Wein durch den Garten, damit die Levaque nie nicht antun könnte. Der Garten der Bierwonne lag dicht hinter dem ihren; in dem zerbrochenen Gitter war ein Loch, durch welches sie schlüpfen, wenn sie einander besuchten; daneben befand sich der gemeinschaftliche Brunnen, in welchem ihrer Familien Wasser schöpften, und ein Fieberdunst verdrängte einen niedrigen, mit allerhand Geruchstoffen angefüllten Schuppen, worin die Kaninchen aufgezogen wurden, welche die Bergleute an Festtagen verspeisten. Es war die Kaffeefunde; ein Uhr, keine Zeite zeigte sich an den Thüren oder Fenstern; nur in der ferne grub ein Erdbauerbeugebautes Dampfes in seinem Gemäuer. Aber als die Waidweib im gegenüberliegenden Saale ankam, sah sie neben der Kirche einen Herrn und zwei Damen, und erkannte die Fremden, denen Frau Hannebau das Arbeiterdorf zeigte.

„Warum hast Du dich bemüht? Das eite ja garnicht!“ sagte die Bierwonne.

Sie war kaum achtundzwanzig Jahre alt und galt für die Schönheit des Dorfes, bräunlich mit einem niedlichen munteren Gesicht, niedriger Stirn, großen Augen und feinem Munde; sie war rein und feiert, wie eine weiße Sack, und ihre Hüfte war sehr schön erhalten. Ihre Mutter, die Frau, Witwe eines Häusers, der in der Grube seinen Tod gefunden, hatte geschworen, ihre Tochter solle nie einen stöhlenarbeiter heiraten und hatte sie als Mädchen in eine Fabrik arbeiten geschickt. Die Alte hatte es

nicht verziehen, daß sie doch den Bierwonne nahm, einen Wimmer noch dazu, mit einem achtundzwanzig Wachsen. Das Ehepaar lebte sehr zufrieden mit einander, trotz all des Abers des der besten Jungen, die von der Waidweib der Frau und den erdbrüchigen Nachgebend des Mannes nicht genug zu erzählen wußten. Natürlich, haben sie keine Schulden, hieß es, haben zweimal in der Woche Fleisch, und das dazu kam laubter ein. Die Kompagnie hatte sie antwortet, Bonbons und Bisuits zu verkaufen, die an den Fenstern auf Brettern ausgehängt waren und womit sie täglich sechs bis sieben, Sonntags selbst zwölf Sous verdienten. Gemag, es war ein glückliches Haus; nur die Alte hörte nicht auf zu scheitern, und die kleine Lydia erfüllte die Wohnung mit ihrem Geschrei, wenn die anderen sie pufften und tschlangen.

„Sie hat sie schon ist!“ sagte die Bierwonne, dem Kinde der Waidweib zuzuschauen.

„Aber Schereer hat man damit!“ Sei Du froh, daß Du keine Kinder hast, wenigstens laubst Du rein halten!“

Und obwohl auch bei ihr alles in der Ordnung war und jeden Sonntagabend das ganze Haus gewaschen und geputzt wurde, warf sie einen neidischen Blick in das laubere Speisezimmer ihrer Nachbarin, wo fogar verbotene Tassen auf dem Schrank standen und ein Spiegel und drei eingerahmte Bilder an den Wänden hing.

Die Bierwonne sah allein bei ihrem Kaffee, denn ihre Familie war um diese Stunde in der Grube beschäftigt. Sie lud die Waidweib ein, ihr Gesellschaft zu leisten.

„Nein, ich danke, ich habe eben getrunken.“

„Aber das macht ja nichts!“

In der That, das machte nichts; beide nahmen einander gegenüber Platz und tranken, während ihre Blicke zwischen den Bonbons glätten und den Bisuits hindurch über die gegenüberliegenden Fenster schweiften, deren mehr oder weniger weiße Vorhänge die Reinlichkeit der Saalräume bemessen ließen. Bei der Levaque hing ein schmieriger Vamp hinter den Scheiben, gleich Waidweib, mit denen man sich die Hände abwaschen konnte.

„Ah, es möglich, in solcher Schmutzerei zu leben!“ sagte die Bierwonne.

Da fing die Waidweib an und hörte nicht mehr auf. O, wenn sie einen Krugkänger wie den Boutecloup hätte, da sollte man Frauen, wie sie Haus halten würde; Ein ausgezeichnetes Geschäft, so ein Rentier, wenn man sich's einstellen weiß! Natürlich darf man sich mit ihm nicht einlassen, das versteht sich von selbst!

eid leichter auszutragen sei, als den Wittalenberflacht anerkannter Konfessionen. Gewöhnlich dieser schweren Bestrafung des Falschens zu überheben die Unterzeichneten als Wittalgeber einer Falschenschein (der freier, unangelegentlich katholischen Gemeinde zu Königsberg) einer öffentlichen Person. Als Dissidenten sind wir in unserem fittlichen Gefühl durch eine derartige Verletzung der Staatswürde auf diese Weise. Nicht nur unsere religiösen Gefühle werden durch die völlig unerbittliche Auslösung der Staatswürde verletzt, sondern auch unser Recht als Staatsbürger wird schwer geschädigt. Die Verletzung des Staats gebrüchtes und volle Religionsfreiheit. Es ist nicht ein direkter Widerspruch dagegen, wenn wir bei der Ausübung einer staatsbürgerlichen Pflicht, eines staatsbürgerlichen Rechtes — der Eidesleistung — nicht als ungläubig, als nichteidsfähig, d. h. als der Ehre des Vaterlandes verächtlich erklärt werden, weil wir Dissidenten sind? Wir werden mit voller Bestimmtheit jedes Urteil einer Staatsbehörde über den fittlichen Wert unserer religiösen Anschauungen zurückweisen. Wir erklären es für durchaus unzulässig, daß von Staats garantierter Religionsfreiheit überredend, daß die Staatsbehörde unsere religiösen Anschauungen zur Grundlage ihres Urteils über unsere bürgerliche Glaubwürdigkeit als Bürger benutzte. Wir müssen vor Gericht schwören als Staatsbürger. Das ist unsere Pflicht und unser Recht als Staatsbürger. Wenn die Form des Eides mit unseren religiösen Anschauungen nicht übereinstimmen sollte, so ist das Sache unseres Gewissens. Als Staatsbürger müssen wir den Eid in der bestimmten von unserem Willen unabhängigen Form leisten. Als Staatsbürger fordern wir dann aber auch als unter altem Recht, daß unser Eid ebenbürtig vollstän dig gestellt wird von Seiten der Staatsbehörde, wie der Eid jedes Bürgers, welcher Konfession er auch angehört.

H. Burdinski, K. Rodner, Theobald Rupp, Dr. Jul. Rupp, Karl Schmidt, A. Steller.
Diese Erklärung steht in völlig überzeugender Weise die staatsbürgerlichen Rechte der Dissidenten gegen die Verletzung durch Beamte, wie ja auch in Wort und Schrift die Sozialdemokratie energisch Verwahrung einlegt vor gegen die Annäherungen der Glaubwürdigkeit eines Mannes vor Gericht, weil er Sozialdemokrat ist. Aber was mit Annäherungen der Glaubwürdigkeit begeben, hat mit Verurteilungen wegen Meineids geteilt. So kann es den Dissidenten auch ergehen. Eine solche Verurteilung wird erreicht durch die gegenwärtige Auffassung vom Konfession für Ordnung, Seite und Religion, die viele der eifrigsten Kämpfer beherzigt.

Tagesschau.

Gegen das Reichstagswahlrecht läßt wieder Herr v. Kardorff Sturm. Entgegen der Lehre von beschränkter Unterthanenverhältnis findet er, daß es verwerflich sei, durch die Limitation auf die übergroße Menge derjenigen Wähler einzuwirken, welche durch die Sorge um das tägliche Brot und durch ihre anstrengte Berufsarbeit niemals in der Lage seien, sich um politische, wirtschaftliche und soziale Probleme ernsthaft zu befähigen. — Wie schon sich dieser Vor in Gärnertreibung ausnimmt!

Ein bemerkenswerter Wahlvorfall ist loeben dem Zentrumsmann Frickner v. Hüne bei der Reichstagswahl in Rößel (Oberhesseln) passiert. Mit 5000 Stimmen ist er gegen 12000, die auf den politischen Kandidaten entfielen, unterlegen. Das Bemerkenswerte an dem Durchfall liegt darin, daß Herr v. Hüne offizieller Kandidat der offiziellen Zentrumspartei war. Was auch der Gegensatz zwischen Zentrum und Volkstum zu dem Einfluß gewesen ist, so muß doch das Schweregewicht darin gefunden werden, daß die Wählerchaft den offiziellen Zentrumskandidaten zurückgewiesen hat, wie es schon in Preußen bei der Radwahl vorgekommen ist, als Samula gewählt ist die Wahl nicht. Der Vole Radmann wird genau so gut neue Soldaten und neue Schiffe zu apponieren verstehen, wie er der deutsche Erde v. Hüne verstanden hat. Hüne war einer der parlamentarischen Führer der Zentrumspartei.

Die Stichwahl in Dortmund-Hörde soll am 6. oder 7. November stattfinden.

Die Reichseinkommen aus Zöllen, Verbrauchssteuern und Aueren und für das Staatsjahr 1896/97 wie folgt veranschlagt: Zölle 356 098 000 M. gegen 348 572 000 M. im Etat für 1895/96, Tabaksteuer 11 991 000 M. gegen 11 331 000 M., Zuckerteuer 80 000 000 (80 000 000) M., Salzsteuer 44 540 000 (43 657 000) M., Branntweinsteuer und zwar Maischbottich und Branntweinmaterialsteuer 17 970 000 (18 820 000) M., Verbrauchsabgabe und Zinsfuß 49 055 000 (98 957 000) M., Brausteuer und Lebergangabgabe von Bier 25 746 000 (25 603 000) M. Dazu kommen die Aueren für Zölle und Verbrauchssteuern, und zwar 1. solche, an denen sämtliche Bundesstaaten teilnehmen, nämlich Zölle und Tabaksteuer mit 46 000 (45 000) M., Zuckerteuer, Salzsteuer, Maischbottich und Branntweinmaterialsteuer mit 17 310 (16 910) M., 2. solche, an denen Bayern, Württemberg, Baden und Elßig-Lothringen keinen Teil haben (Brausteuer), mit 1520 (1510) M. Zusammen sind die Einnahmen aus den genannten Einkommenquellen auf 634 664 830 M. veranschlagt gegenüber 627 003 420 Mark im Etat für 1895/96; es ist also eine Mehrerhebung von 7 661 410 M. veranschlagt worden. Die Reichseinkommen aus Stempelabgaben sind für das Staatsjahr 1896/97 wie folgt veranschlagt: Spielkartenstempel 328 000 (312 000) Mark, Wechselstempelsteuer 731 000 (727 000) M., Stempelabgaben für Wertpapiere, Kaufschiffe u. und Lokomotive 51 082 000 (44 870 000) M., Staatliche Gebühr 754 000 (720 000) M., zusammen 61 000 000 gegenüber 54 629 000 M. im Etat für 1895/96. Die veranschlagte Mehreinnahme beträgt also 6 371 000 M.

Ein Festmahl findet heute beim Reichskanzler statt zu Ehren der Kommission für Ausarbeitung des bürgerlichen Gesetzbuchs. Justizminister Spöckel, Staatssekretär Rieberding und andere Säulen der neuen deutschen Rechtsplege werden daran teilnehmen. Es ist zweifelhaft, daß den Herren das Diner jezt gegeben wird, denn ist das von ihnen ausgelegte Geis erst in Kraft, dann wird kaum jemand noch Lust verspüren, ihnen ein Festmahl zu spendieren.

Wenn Fürst Bismarck in seiner Seele einen solchen Grad des Adels hätte, wie in seinem Wappen, so schreibt die Korrespondenz für den Reichstagsblätter, dann müßte er Herrn v. Bütticher verzeihen; denn niemand anders als er selbst (Fürst Bismarck) trägt die Verantwortlichkeit dafür, daß die Verbindlichkeiten des Schwiegersvaters des Herrn v. B. durch den Welfenorden gedeckt wurden und Herr v. B. Minister geblieben ist. Aber wenn die Bismarckische Presse sich anstellt, als ob sie die Sache schonend behandeln wolle, so schreibt sie gerade die giftigsten Felle auf Herrn v. Bütticher.

ab. Wels' eine niedrige Gesinnung gehört dazu, daß man jetzt Herrn v. Bütticher vorhalten läßt, es habe sich damals bloß um jüdisch-keusche Schmierereien gehandelt, während Bismarck damals es für seine Pflicht gegen Staat und Reich erklärte, daß Wels' eine Stirn gehört dazu, Herrn v. Bütticher Mangel an Stolz vorzuwerfen, weil er aus der Hand des Monarchen ein Geschenk zur Rettung der Ehre seines Schwiegersvaters angenommen hat, während doch Fürst Bismarck 1885 so wenig „Stolz“ hatte, daß er durch die Beteiligungen, die massenhaft nationalliberale Arbeitergelehrten seinen „zu Ehren Bismarck's“ angeprecht hatten, seinen Familienbeizig vermehren ließ.

Die bairische Kammer lehnte gestern mit 69 gegen 53 Stimmen den Zentrumsantrag auf Veränderung des Landtagswahlgesetzes ab. Genosse Grillenberger nahm nochmals Gelegenheit, der Regierung und den Liberalen ihr Evidenzregister vorzuhalten.

Gleiche Brüder, gleiche Krappen. Die Konfessionisten von Hannover haben in einer Resolution ihrem ungeminderten Vertrauen zum Ständer Ausdruck gegeben.

Hammersteins Vorgänge. Herr v. Mathusius-Ludow, gegen den gleichfalls Anträge wegen Unterschlagungen, Fälschungen u. s. w. erhoben worden ist, hat bis vor zwei Monaten in Potsdam gelebt. Die Wohnung war auf den Namen der Frau gemietet. Als der Mietzins fast allzu groß wurde, sollte sie ermittelt werden. Das Ehepaar kam jedoch dem Verhängnis zuvor, indem es gegen Ende August mit einem großen Teile des Mobiliars — heimlich rückte.

Ausland.

Frankreich. Der Streit in Carmaux scheint seinem Ende entgegenzugehen, nachdem die Kammer die Interpellation der Sozialdemokraten brüsk abgewiesen hat. Die Regierung will den Streit durch Vermittlung beilegen. Der Minister des Innern Leguesne forderte Resignation, den Direktor der Glasfabriken in Carmaux, auf, den vieren Ofen wieder in Betrieb zu setzen, um anderen Arbeit zu verschaffen. Resignation entpand der Aufforderung; 200 neue Arbeiter sind eingestellt. Ferner hat der Präfekt des Departements Taru das Streikmittel erischt, mit ihm über die Mittel der Lösung der augenblicklichen Lage zu beraten. Das Komitee leistete der Aufforderung Folge; die Konferenz fand am Sonntag nachmittags statt.

— Panama und kein Ende. Der Südbahnschwindler Senator Wagner ist kaum verurteilt worden, so bringt auch der Hguro das Verzeichnis jener Parlamentarier, die als Mitglieder des sogenannten Syndikats für die Behebung der Südbahn-Schuldbilanz aus den drei Millionen des Syndikatsgewinns Anteile bezogen. Es bekamen: Abgeordneter Baffin 12 500, Abgeordneter Graf Lemercier 4500, Senator Bardoux 104 250 Franken, die drei in ihrer Eigenschaft als Verwaltungsratsmitglieder des Credit Industriel, der eine der Banken für die Ausgabe der Schuldbilanz war, ferner die Abgeordneten Jules Rodge 26 000, Rouvier 6750, Etienne 3000 und Deloncle 5000 Franken. Wir deagen da einigen vom Panamaaffairer der wohlbestallenen Namen, Jules Rodge und Rouvier. Beide sind ehemalige Minister und Ueberseepfänger. Unter den Selbstpänger der Südbahn erscheinen auch die Herren Etienne und Deloncle, Persönlichkeiten, die bisher als „reputabel“ galten.

Sien. Chinas wüßige Unterwerfung unter Ausland ist befezelt. Aus Hongkong wird aus angeleglich durchaus zuverlässiger Quelle gemeldet, Durch den jüngst zwischen Ausland und China geschlossenen Vertrag erlange Ausland das Recht der Ankerung für seine Flotte in Port Arthur, ferner die Berechtigung, unter russischer Verwaltung eine von Reichsricht direkt nach Wladivostok über chinesisches Gebiet gehende Eisenbahn mit einer Zweigbahn von Tschifhar nach Port Arthur zu bauen und zu betreiben, samt anderen Handelsvorarbeiten, auf welche die Weißbegünstigungs-Klausel nicht anwendbar ist. China behalte sich das Recht vor, die Eisenbahn nach 20 Jahren zu einem später festzulegenden Preise anzukaufen. Damit hat sich China einfach an Ausland verkauft. Ausland hat ein lang ersehntes Ziel erreicht, für seine Kriegesflotte in Ostasien einen eisernen Hafen zu besitzen. Es freut sich nur, ob Japan und England sich das alles ruhig gefallen lassen werden.

Politisches und Gerichtliches.

Guire oder böse Sozialdemokraten. Die geistvolle Unterscheidung zwischen Döbern und Berberlein, wie wir sie seit längerer Zeit in der bürgerlichen Presse finden, ist nunmehr auch gerichtlich geworden. Das Landgericht Zeitz hat, wie wir schon berichtet, unter Ausschluss der Öffentlichkeit gegen den verantwortlichen Redakteur der A. W. W. Zeitung, Gen. Wändel, wegen Auerbeleidigung verhandelt und auf eine Strafe von sechs Monaten Gefängnis erkannt, da das Blatt in einer Verleumdung der Kaiserin, von der Möglichkeit der Verwendung der Garden gegen die Sozialdemokratie geredet hatte. Das Gericht erklärte die Beleidigung darin, daß der Redakteur ignoriert habe, daß die Kaiserin sich nur auf einen Teil der Sozialdemokratie, der hochverrätherische Ziele verfolge, beziehe, und daß er damit, indem er auch die harmlosen Anhänger einbezog, dem Kaiser den Vorwurf machte, daß er nach Indem er sich gegen harmlose friedliche Bürger richtete, wolle sie auch als alle harmlose, friedliche Sozialdemokraten. Die Schuld der Behörden ist es sicherlich nicht, daß es sie noch gibt.

Politisch aufgeführt wurde in Rensburg eine Volksversammlung, als die Kaiserin Frau Hgure auf die bekannte Auerbeleidigung zu verurteilen kam, wozu der Soldat die Pflicht haben soll, unter Umständen auch auf Vater und Mutter zu schließen.

Aufreitung zum Kaiserhof führte am Sonnabend Gen. Auerbach in Berlin vor die Strafkammer. Die Angeklagte hat am 18. März d. J. in einer Verleumdung zu Rummelsburg einen Vortrag gehalten, als das Thema: „Der Kaiser und seine Bedienten.“ Nach der Verlesung der überwundenen Gedanken muß der ganze Vortrag vom Heile der Auerbeleidigung getragen gewesen sein. Der Angeklagte habe die Volksehre im Jahre 1848 geschändet und dessen Auerbeleidigung für die Gegenwart im sozialistischen Sinne gegeben. Er habe die Szenen ausgemalt, wie die Bedienten der Kaiserin, von dem kaiserlichen Schloß vorüberzogen wurden und der Kaiser habe den Hut vor denselben abnehmen müssen. Um die frühere dieser Revolution sei das Volk, das damals nicht aufgeführt genug gewesen sei, betrogen worden. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis.

Genosse Schumacher in Berlin wurde als Redakteur der Gazette Robotniks zu 150 M. Strafe verurteilt. Beantragt

waren 6 Monate. Schumacher sollte durch einen Artikel die Beamten der oberhessischen Königin Louise Grube beleidigt haben.

Vertrauensfragen.

Freigeiprochen wurde gestern in Hannover Genosse Ziehlhorn von der Anklage auf Wahlscheitlung. Es handelt sich um Abbruch des Artikels des Zeitungs der Hohenoller in der Hohenoller. Wegen dieses Artikels ist Genosse Gärtner in Nürnberg gleichfalls freigeiprochen worden, während Genosse Jllge in Leipzig fünf Monate und Genosse Jahn in Breslau vier Monate Gefängnis verbüßen soll.

Soziale Uebersicht.

— **Was die Börse „verdient“.** Sehr lehrreich ist der vor kurzem erschienene amtliche Bericht der Wiener Börsekommission über Börse und Geldmarkt im Jahre 1893, denn er bringt eine ziffergemäße Darstellung der Kurssteigerung und damit einen authentischen Beweis über die enormen Gewinne der Börse. Danach ist in dem genannten Jahre der Kurswert der Bankaktien um 85 Mill., der Transportaktien um 145 Mill., der Industriefaktien um 76 Mill., also im ganzen um rund 306 Millionen Gulden gestiegen. Diese stolze Summe verteilt sich auf eine Zahl von höchstens 5000 Personen, so daß auf jeden Börsianer im Durchschnitt über 60 000 Gulden entfallen. Die Versteigerung der Aktien setzte sich teilweise auch im laufenden Jahre fort, so daß neue Gewinne gemacht wurden. Da ist es freilich kein Wunder, wenn das Großkapital immer mehr an Reichtum zunimmt, die ehrliche Arbeit aber an Wert zurückgeht.

Jur Arbeiterbewegung.

81 Hand Schuhmacher haben in Erlangen die Arbeit niedergelagt. Die Ausständigen verlangen höheren Lohn. Der Vorsitzende des Verbandes der Schuhmachermittel im Orte anwesend und durch die Ueberzeugung, daß die Streikenden von den Kollegen allerorts sicher genügend unterstützt werden, handle es sich doch darum, endlich einmal die Schuhfabrikanten der Erlanger Fabrikanten zu befezigen.

Die Gewerbegerichte haben sich in Deutschland von 1893 bis 1894 wieder um 64 vermehrt. Ganz Deutschland besitzt zur Zeit 272 Gewerbegerichte.

Stadtverordneten-Sitzung

vom 28. Oktober.
Vorstand: Stadtverordneter Vorsteher Dittenberger.
Eingegangen sind vom Magistrat gegen 10 neue Vorlagen. Eine Petition eines Hauseigentümers um Schadenersatz wegen Einbringen von Wasser in die Grundmauer seines Hauses wird der Petitionskommission überwiesen. Vom Magistrat war dieselbe Petition bereits abgewiesen worden.

Der Vorsitzende teilt der Versammlung den Dank des Professor Dr. Kühn mit, welchen derselbe für seine anlässlich seines 70. Geburtstages erfolgte Ehrennennung zum Ehrenbürger ausgesprochen hat. Der Ehrenbürgerbrief, an welchem bei der Ueberreichung durch den Oberbürgermeister noch das Siegel mit der Kapitel lechte, liegt auf dem Sekretariate zur Beschäftigung aus. Die Ausführung des Dokuments und der Mappe für dasselbe ist eine künftige Sache.

Hierauf folgt die Vereisung und Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung, wonach zur Beratung der Tagesordnung geordnet wird. Derselbe umfaßt im ganzen 11 Punkte, von welchen 6 in die geschlossene Sitzung verlegt sind. Von diesen legieren betrifft der erste: „Abänderung der Anstellungsbedingungen eines Magistratsmitgliedes (des Stadtkaufmanns).“

1. **Zur Beschaffung verschiedener Mobilien** für die Büreaus des Arbeiter-Vereinsamtes und des Heizungs-Angelegenheiten werden zusammen 320 M. aus dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds der städtischen Behörden bewilligt; es entfallen auf das obere Büreau 153 M., auf das andere 167 M. Referent Stadtv. D. 11.

2. **Die Verteilung der Zinsen des Schmidtschen Legats** erfolgt für das Jahr 1895 in nachstehender Weise: Es fallen zu dem Erbvermögen Betrag 200 M., dem Frauenerwerb für Armen- und Krankenpflege 210 M., dem Frauenerwerb für Waisenpflege 180 M., dem Frauenerwerb nach der Frau des Mannes 120 M., der Sozial- und Stiftung und der Erwerb- und Stiftung je 60 M., der Kleinrenten-Gewinnabteilung zu 100 M., der Kleinrenten-Gewinnabteilung zu 150 M. und dem Wartehaus 80 M. Referent Stadtv. D. 11.

3. **Die Regulierung des Trottoirs** und die Umlegung des Straßensystems vor der Davidschen Grundstücken an der Großen Wallstraße wird genehmigt mit Ausnahme des Trottoirbereiches vor dem Gebäude gegenüber dem Kirchhof-Hallen. Die erforderlichen Mittel von 2000 M. werden insolge dieser Einschränkung auf 1900 M. herabgesetzt. Die Bewilligung erfolgt a.konto des gemeinschaftlichen Dispositionsfonds. Referent Stadtv. D. 11.

4. **Die Petition der Witwe Raake.** Würgerin des Hausgrundstücks Trebel No. 7 (Ede Trebel und Sperlingsberg) um **Bewilligung eines höheren Kaufpreises** für ihr Grundstück, wird von der Baukommission, Referent Stadtv. D. 11, genehmigt und von der Versammlung genehmigt. Witwe Raake behauptet, nach den Ausführungen des Referenten, geklagt zu haben, 2400 T halter erhalten zu sollen. Sie ist mit der Marktrechnung nicht verzoert und habe sich bei der Unterdrift des Verkaufsverhandlungs-Protokolls geirrt. Wie Referent anführt, ist das Grundstück 339 M., höher geirrt als gewiesen, als der Frau M. angekauft ist. Nach der Erklärung des Stadtkaufmanns hat Frau M. allerdings mit 6400 M. verlangt, jedenfalls hat sie aber nur die 2 auf der in Markt umgerechnet und so sich zum Schaden gehandelt. Sie bittet daher um Gewährung des Preises von 7200 M. Dieser habe sie sich durch Spekulation erhalten; wenn ihr der Preis nicht gewährt würde, dann könnte es geschehen, daß sie die Stadt zur Last fiele. Dies möchte sie nicht. Da für die beiden nachgehenden, weniger nachbaren Grundstücke höhere Preise gewährt worden seien (für No. 8 M. 750 und für No. 10 M. 10 000), so sei die Mehrbewilligung von 1200 M. begründet. Die Versammlung gewährt einstimmig den Preis von 7200 M. bei 6200 M. Referent Stadtv. D. 11.

5. **Die Wahlmänner für die Landtagskammer** wird auf Vorschlag des Vorstehers Dittenberger der Geheimen Ober-Regierungsrat Prof. Dr. Kühn gewählt. Referent Stadtv. D. 11.

6. **Die Sonderverträge** kommt die **Vermietung des Rathaus-Gebäudes** in der Holzstraße No. 1 zur Verhandlung. Derselbe wird an einen P. Raab für den Mietpreis von 30 M. pro Jahr verpachtet. Bisheriger Pächterpreis 850 M. Referent Stadtv. D. 11.

lokales und Provinziales

Das Protokoll über den Breslauer Parteitag ist zum Preise von 30 Pf. in der Volksbuchhandlung, Bölsbergstraße 1, zu haben. Die Kadrtage nach dem Protokoll ist dieses Jahr besonders stark. Das ist angesichts der wichtigen Verhandlungsgegenstände ebenso erklärlich wie erfreulich.

*** Verhaftet** wurde heute früh Genosse **Schneckenburger**. Wahrscheinlich handelt es sich um Verhaftung der Restfraktion von vier Tagen, die Genosse Sch. schon vorige Woche antreten sollte, um deren Hinastellung er aber gebeten hatte. Die Staatsanwaltschaft hat es doch recht eilig! Nur gut für den Hammerstein, daß er nicht in Halle geendet hat.

*** Jung fernhalten.** Diese harmlose Zufallsbemerkung zu Streitschlichtern ist unrichtig falsch gedeutet worden. Genosse Lehmann hat in den letzten Tagen mehrere Bemerkungen gemacht, weil auch im Volksblatt die Bemerkung angewendet worden ist. Zu gestern ist sogar der Streit bei Elich u. Ko. betreffende Satz jeder Vormacher werde wissen, wie er sich zu verhalten habe, beanstandet worden. Dagegen haben wir noch nicht gehört, daß die schwarzen Affen der Unternehmungsverbände der Polizei Veranlassung zum Einschreiten gegeben haben. Man nennt das gleiches Recht für alle. Seitdem die hohe Justitia sich mit der wohlthätigen Polizei verständigert hat, rückt die alte Dame mandam! doch recht benehlich an ihrer Augenbinde herum, ehe sie mit ihrem Schwerte dreinschlägt. Sie blinzelt erst. Das ist garnicht hübsch von ihr und wird sie schließlich noch um das bishigen Nennomee bringen, das ihr geliebt ist.

*** Nicht zartföhnd** und moralisch sein besätiigt ebeder sich der Gen.-Vng. Er drückt in seiner gestern abend erschienenen Nummer das von uns am Sonnabend veröffentlichte Aftenstück ab, welches dem Vorwärts zugegangen ist, vom Reg.-Präs. Graf Hue de Grais in Potsdam herführt und die Polizei auffordert, ein recht wachsame Auge auf die sozialdemokratischen Presseorgane zu haben. In dem einleitenden Satz schreibt er der Gen.-Vng.: „Der Vorwärts ist wieder einmal in der Lage, ein ihm auf unrechtmässige Weise zugestelltes Aftenstück zu veröffentlichen.“ Wenn das Blatt so genau weiß, daß das Aftenstück auf unrechtmässige Weise dem Vorwärts zugestellt worden ist, und wenn es durch Hervorhebung dieses Umstandes seinem moralischen Witzum glaubt Ausdruck geben zu müssen, so wundert uns nur, daß es das Aftenstück gleichfalls abdruckt. Nach einem alten Sprichwort ist der Helfer so schlimm wie der Stiefel. Und die Rolle eines Helfers übernimmt der Gen.-Vng. er, wenn er den Vorwärts einen Stiefel nennt. Es kommt auch hierbei die ganze Scheinheiligkeit einer gewissen Presse zum Vorschein. Sie kumpfen die Nase über den „unrechtmässigen Weg“, drücken aber lästern das Aftenstück nach.

*** Zeiten des Bürgervereins** sind für die dritte Abteilung bei den Stadtverordnetenwahlen folgende Kandidaten aufgestellt worden: Für den 1. Bezirk Seitenfabrikant **Kober** (vor bisher schon Stadtverordneter), für 2. Bezirk an Stelle des ausscheidenden Malermeisters **Zander** der Kaufmann **Gustav Richter**, für den 3. Bezirk **Ulrich** (Handelsgärtner **Rosch** nicht wieder aufgestellt worden, weil der Bezirk durch die sozialdemokratische Kandidatur und durch den vom 3. Bezirksverein aufgestellten Herrn **Möser** zu sehr gefährdet ist; bei Besetzung der Kandidatur kommt Klempnermeister **Prose** in Betracht. Für den 4. Bezirk wurde Kaufmann **Herr**, der mit ausscheidet, wieder aufgestellt und für den 5. Bezirk an Stelle des Doormesters **Hildebrandt** der Steinzeuher **Stephan** vorgeschlagen. — In der 2. Abteilung werden an Stelle der Herren **Dobner**, **Förstlich**, **Steinhilf** und **Freyberg** andere Kandidaten ernannt und nur die ausscheidenden Herren **Sachs** und **Schulz** wieder aufgestellt werden. Daß verhältnismässig viele der Ausscheidenden nicht wieder Gnade gefunden haben vor den Augen des Bürgervereins, ist sehr erklärlich; es würde sich nur fragen, ob nicht auch die wieder aufgestellten gleichfalls den Weg des Nichtseins hätten geschickt werden sollen; denn auch sie haben zu den bewilligungsfähigen Stadtverordneten gehört. Und was würde werden, wenn die neuen Herren ins Kollegium kommen? Nach dem alten Spruche „Neue Weisen lehren gut!“ würden sie einige Male vielleicht — vielleicht! — sagen wir — die Wahrung der kleinbürgerlichen Interessen sich angelegen sein lassen, um dann, genau wie ihre Vorgänger, nach kurzer Zeit im Oppositivitätsbühnen zu entschimmern. Nicht eher hat die Bürgerchaft eine feste Garantie, daß die von ihr gewählten Vertreter in allen Fällen selbstbehalten, als bis die Stadtverordneten nicht mehr auf ihren Namen, sondern auf ein festes Programm gewählt werden. Die persönliche Ehrenhaftigkeit der Kandidaten allein giebt keine Gewähr, daß sie nicht gelegentlich Vorkipränge machen, die der Bürgerchaft teuer zu stehen kommen. Unsere Partei wird darum auch diesmal ein Programm aufstellen, dessen strenge Einhaltung allen darauf Gemähten selbstverständliche Pflicht sein muß. Es steht zu hoffen, daß alle Bürger, die sich noch Mannesstolz genug gewahrt haben, für unsere Kandidaten eintreten, wenn sie mit deren Programm einverstanden sind. Es ist das der einzige Weg, auf dem gewissen streitenden Menschen endlich abgeholfen werden kann und muß.

*** Wir Specht fängt man Männe.** Wir bekrachten unter dieser Spitzmarke vor mehreren Tagen das von Herrn **Bauret** Genzmer ausgearbeitete Projekt einer Brücke nach der Reibnitz. Am Sonnabend ist dem „Bürgerverein für städtische Interessen“ der Plan vorgelegt worden; er hat natürlich Zustimmung gefunden. Wenn wir hinzufügen, daß dieser selbe Verein am gleichen Tage die Kandidaten für die Stadtverordnetenwahlen aufgestellt hat, so ist wohl über beides — über die Reibnitzbrücke und über die Kandidaten genug gesagt. Gegen den Bau einer festen Verbindung nach der Reibnitz wird kein Mensch etwas einzuwenden haben. Aber es genügt dazu ein Sieg, der für einige tausend Mark herzurichten ist, eine Brücke, die 110000 M. kosten soll, ist bei den Finanzverhältnissen der Stadt ein nicht zu billigen-

des Verlangens, zumal hundert gegen eins zu weiten wäre, daß trotz aller gemachten vorherigen Verfügungen die Brücke nur dazu dienen würde, den Campagnaverkehr auf der Reibnitz einzuschränken. Auf jeder zum Kandidaten für die Stadtverordnetenwahlen Aufgestellte vorher genau befragt werden, wie er sich zum Bau der 110000 Mark-Brücke stellt.

*** 10 000 Mark** für Herrn **Bauret** Genzmer! Die vor zwei Jahren im städtischen Siedehaus neu eingerichtete Heizungsanlage ist so vollständig verfallen, daß sie voraussichtlich ganz neu hergerichtet werden muß. Das ist ein Objekt von sehr hohem Betrage.

*** Stadtbaurat Genzmer** ist am 12. Dezember 1892 definitiv angestellt worden mit einem Gehalt von 8000 M. jährlich. Es sind noch nicht 3 Jahre seitdem verlossen und nun sollen ihm 10000 Mark pro Jahr gezahlt werden. Hält man diesem hohen Gehalt diejenigen anderer, mindestens ebenso mit Arbeiten belasteter Magistratspersonen entgegen, dann erscheint das bisherige Gehalt des Stadtbaurats als ein recht hohes. Der Stadtrat v. **Holly** z. B. erhält 6250 M. Gehalt als solcher und 500 M. Entschädigung als Deputierter des Polizeirats. Ob derselbe als Amtsanwalt noch Besolde genießt, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls aber hat derselbe eine der des Stadtbaurats nicht bedeutend nachstehende Arbeitslast zu bewältigen. Hervorragende technische Kenntnisse sind bei einem Stadtbaurat mit 8000 M. Gehalt vorauszusetzen. Es ist diese Eigenschaft nicht als etwas Ansehensvolles besonders zu bezeichnen. Der Stadtbaurat **Lojanen** erhielt 1891/92, also am Schluß seiner städtischen Wirksamkeit 7000 Mark Gehalt. Der zweite Bürgermeister erhält gleichfalls 8000 M., der Stadtrat **Joachim** empfängt 5500 M. u. s. w. — Wenn nun der Stadtbaurat deshalb, weil ihm andererseits eine günstigere Dienststelle angeboten worden ist, eine Erhöhung seines Gehalts um 2000 Mark angeboten werden soll (seine Pension würde nach einer Dienstzeit von acht oder neun Jahren 5000 M. betragen — Stadtbaurat **Lojanen** bezieht eine Pension von 3500 M.) dann würde es doch ganz folgerichtig erscheinen, wenn — dem Herrn Oberbürgermeister, welchen doch auch seitens Magdeburgs eine besser dotierte Stellung als Oberbürgermeister angeboten worden war, eine Zulage entgegengewährt würde. Der Oberbürgermeister erhalte ein Gehalt von 10000 M.; er erhält allerdings noch Repräsentationsgelder im Betrage von 3000 M. pro Jahr. Werden dem Stadtbaurat Genzmer, der knapp drei Jahre im Dienste der Kommune Halle fehlte, 10000 M. Gehalt zugewilligt, dann ist es kaum zweifelhaft, daß auch dem Oberbürgermeister, „aus Dankbarkeit“ eine Gehaltserhöhung angeboten werden wird. Diese Gehaltserhöhung könnte uns unendliche Hochschreien werden, wenn immer mit den Neubewerben jetzt anderer Städte gedroht würde. Und dann — Hand aufs Herz — hat sich der dreißigjährige Stadtbaurat in der That während seiner Funktionierung als so unentbehrlich bewährt, daß er ohne Rücksicht auf den Kostenpunkt der Gemeinde erhalten bleiben muß? Wie dann, wenn es nach zwei weiteren Jahren wiederum heißt: Herr Genzmer hat ein sehr vorteilhaftes Angebot aus Sonthorpe erhalten! — Sollen da etwa wieder ein paar tausend Mark jährlich zugeführt werden, nur um diele Persönlichkeit weiter für die Dienststelle zu gewinnen? Das dürfte mit der Zeit ein fast pfeiflicher Genzmer werden. Wenn Herr Genzmer kein wirkliches Interesse für das rapid sich entwickelnde Halle hat, in welcher er sein für romantische Straßenanlagen qualifiziertes Talent zur Entfaltung bringen kann, dann sollte man ihn ruhig seines Weges ziehen lassen. — Ubi bene, ibi patria — das heißt zu deutsch bei den modernen Patrioten: Wo am besten bezahlt wird — da bleibe ich! Ob dann die „liebe gute“ Stadt Halle heißt — oder Schöppenstedt, das bleibt den zulaubebüßenden Patrioten völlig gleich. Nun, die Bewilligung der 2000 M. Zulage an Herrn Genzmer ist gestern in der geheimen Sitzung erfolgt und wird der Bürgerchaft einen neuen Fingerzeig darüber geben, woran sie mit dem jetzigen Stadtverordnetenkollegium ist.

*** In Streit getreten** sind gestern früh 7 Arbeiter und Arbeiter der Lederfabrik von **Danglowski**, Fischerplan 2. Vor etwa zwei Monaten vor ihnen die zehntägige Arbeitszeit zugewilligt worden. Am Sonnabend verfiendete Herr **Danglowski** ganz inermorent, von jetzt ab sei wieder 10^{1/2} Stunden zu arbeiten, natürlich ohne Lohnserhöhung. Die Arbeiter beantworteten diese Redheit durch gemeinsame Arbeitsseinstellung. Heute hat Herr **D.** dem Streikkomitee erklärt, sein morgen früh nicht wieder anfangen werde überhaupt nicht wieder einzustellen. Das kann Herr **D.** halten wie er will. So leistungsfähige Arbeiter wird er nicht gleich wieder erhalten und selbst die schärfst-angewandte kapitalistische Unvernunft muß doch einsehen, daß tüchtige Arbeiter in zehn Stunden mehr und Besseres leisten, als weniger tüchtige Sträße in 11 und 12 Stunden. Ob sich die Hoffnung des Herrn **Danglowski**, es werde aus Wählbaren genügender Erfolg kommen, nach Wunsch erfüllen wird, mag er nur erst abwarten. Einstimmen muß er nicht seinem Meister, einem Lehrling und noch einem jungen Manne die Arbeit selbst verrichten. Möge ihm die Anstrengung gut bekommen und möge er dabei einsehen lernen, daß zehn Stunden Arbeit täglich für einen Gerber mehr als genug sind.

*** Aus dem städtischen Schlachthofe.** Die Betriebsarbeiten hatten sich im Jahre 1893/94 infolge des herrschenden Futtermangels und der dadurch hervorgerufenen Verschleuderung des Schlachtabfalls bedeutend günstiger gestellt, als erwartet worden war. Im zweiten Betriebsjahr 1894/95 — folgte dem schonberühmten Ueberflusse des Vorjahres ein Mangel an Schlachtabfall, be-

sonders an stärkeu Minderen und Schweinen. Hierdurch wurden die Betriebsarbeiten des Schlachthofes und Viehhofes verwickelt. Die Gesamtmenge betrug daher nur 228 741.50 Mark gegen 242 471.35 M. im Vorjahre, also 13 732.55 M. weniger. Ge-

	Gegen das Vorjahr	mehr	weniger
Ochsen oder Büffel	2258		
Milch oder Füllen	5090	185	
Mäuler	13 450		1812
Schafe oder Ziegen	15 162	539	
Kühe	31 698		621
Spanferkel od. Ferkel	73	57	
Verbe	742		118
Hunde	3		

Im ganzen wurden geschlachtet 68 476 Tiere; 2146 weniger als 1893/94. Ganz oder teilweise benutzbar wurden hiervon wegen Krankheit 9741 Tiere gleich 838 890 M. Von 107 Schlachttieren wurde das Fleisch als vollständig untauglich befunden. Ganz oder teilweise als minderwertig befunden wurden 447 Schlachttiere, welche der Freibank zum Verkauf überwiesen wurden. Von den übrigen benutzbaren Tieren wurden nur einzelne Organe oder kleinere Fleischteile dem Konsum entzogen. Die hauptsächlichsten Ursachen der Benutzungsunfähigkeit waren Tuberkulose und Fäulnis. Das Fleisch von 45 Tieren wurde vernichtet, nur das Fett davon wurde zu technischen Zwecken freigegeben. — Der Freibank zum Verkauf übergeben wurden wegen Unbrauchbarkeit als minderwertig im ersten Aufhange: 1 Ochs, ganz, von 3 Ochsen oder Büffel 8 Stücker, 39 Stücker oder Füllen ganz, von 714 Vorberietel, 11 Schweine; im geflochtenen Zustande: 5 Eulen oder Bullen, 31 Mäule oder Füllen, von 1 Stuhl 2 Vorberietel, 71 Schweine. Gegen das Vorjahr hat die Zahl der tuberkulösen Schweine um das Dreifache zugenommen. 41 Eulen kamen bei 15 Stücken von denen 25 Schweine vernichtet werden mußten. 102 stünne Tiere wurden abgetötet der Freibank zum Verkauf überwiesen. Ferkeln wurden bei 8 Schweinen geflochten. Von den Karffnungen und den reichlichen Schweinen konnte gegen das Vorjahr ein Schnitt an der Reibnitz verkauft werden. Ganz oder teilweise wurden auch 10 tuberkulöse und stünne Tiere der Freibank noch 273 aus anderen Gründen benutzbar zum Verkauf überwiesen. Befanlich wird das auf der Freibank zum Verkauf gestellte Fleisch nur von den ärmeren Klassen konsumiert. Ob der Verkauf solchen Fleisches der Gesundheit zuträglich ist, ist wohl anzunehmen. Der im Schlachthofe geschlachteten Tiere und von auswärts eingelieferte Fleisch ergehen nach Abzug der vernichteten Tiere und Fleischteile die folgenden Fleischmengen:

2 277 Ochsen und Büffel	922 185 Kilogr.
35 133 Milche und Füllen	3 864 630 „
15 234 Schafe und Ziegen	426 552 „
13 565 Mäuler	475 825 „
1 Spanferkel	8 „
312 Ferkel	1 241 „
743 Verbe	226 615 „
3 Hunde	45 „

Zusammen 7 480 438 Kilogr. Bei der Berechnung des Schlachtabfalls wurden außer der Leber keine Eingeweide in Betracht genommen. Der Kopf dagegen wurde mitberechnet. Der Verwaltungsbericht stellt auf den Verbrauch von Fleisch, einschließlich des Proletariats zum Verkauf genommenen, sich bei einer Durchschnitts-Bevölkerungszahl von 111 400 Einwohnern im Jahre 1894/95 pro Kopf auf jährlich 67,15 Kilogramm beläuft. Das wäre natürlich ca. 184 Gramm Fleisch, welches lediglich von dem im Schlachthof geschlachteten Vieh genommen wurde. Das Fleisch und die Knochen wurden im allgemeinen vollständig zu Fleischwaren verarbeitet. Es ist nicht zu gedenken, daß das aufgeschaltete Fleisch ergehen nach Abzug der vernichteten Tiere und Fleischteile die folgenden Fleischmengen:

Bei der Berechnung des Schlachtabfalls wurden außer der Leber keine Eingeweide in Betracht genommen. Der Kopf dagegen wurde mitberechnet. Der Verwaltungsbericht stellt auf den Verbrauch von Fleisch, einschließlich des Proletariats zum Verkauf genommenen, sich bei einer Durchschnitts-Bevölkerungszahl von 111 400 Einwohnern im Jahre 1894/95 pro Kopf auf jährlich 67,15 Kilogramm beläuft. Das wäre natürlich ca. 184 Gramm Fleisch, welches lediglich von dem im Schlachthof geschlachteten Vieh genommen wurde. Das Fleisch und die Knochen wurden im allgemeinen vollständig zu Fleischwaren verarbeitet. Es ist nicht zu gedenken, daß das aufgeschaltete Fleisch ergehen nach Abzug der vernichteten Tiere und Fleischteile die folgenden Fleischmengen:

*** Aus dem Bureau des Stadttheaters.** Morgen Mittag findet eine Wiederholung des letzten Schwanens „Ein Rabenwahr“ statt. Dazu wird die reizende arabische Operette von **Jacques Offenbach** „Die Verlobung bei der Laterne“ gegeben. Donnerstag ist die Premiere von „Die verlassene Frau“, komische Oper in 3 Akten von **Metzger**, welche mit neuer Ausstattung in Szene geht. Die Opernrevue liegen in den Händen der Damen **Fr. Breithaupt**, **Becker**, **Uffe** und **Stark** und der Herren **Kaula**, **v. Vampver**, **Kunde**, **Wilmann**, **Schüler** und **Witt**. Die verlassene Frau hat überall bisher den größten unbefriedigten Erfolg gehabt und scheint sich vor allem durch Method und musikalische Instrumentation zu empfehlen.

*** Der Zerstörer Nacht** wurden am Sonnabend in der Maschinenwerkstatt der Meierei mehrere Jochen senkrecht, als ein unzulässiger Dampfdruck ihm auf den Fuß fiel. Leider hätte noch viel größeres Unglück geschehen können.

*** Der Kranke transport** vom Bergmannstrost nach der Mühl erfolgt in einer Weise, die schliessliche Abhilfe erfordert. Die Förderung geschieht, wie man uns mitteilt, mittels eines nicht schwebenden Rahmens, der auf der Höhenröhren des Bergmannstrost nach der Schmelzhütte auf der dortigen Chaussee gefahren wird, bis er bei der Schmelzhütte auf das Geleise der elektrischen Bahn übergeführt werden kann. Als am Sonnabend die Opfer der Katastrophe auf Grube Marie bei Zeiden in gleicher Weise befördert wurden, veranlaßte die Behörde, dasselbe Verfahren, daselbst ist bei ähnlichen Gelegenheiten schon früher beobachtet worden. Man sollte doch meinen, daß ein Zufall, wie der Bergmannstrost, über so viel Mittel verfügt, daß ein allen Anforderungen entsprechender Wagen zum Transport

Spezialität: Doppelt gereinigte Bettfedern und Daunen.

Reichste Auswahl. Bettstellen, Matratzen, fertige Betten und Bezüge. Solide Preise.

Unter anderem empfehlen ich: Fertiges Gebett, bestehend aus Deckbett, Unterbett und 2 Kissen, aus garantiert federdichtem Inlettstoff und gut gefüllt, zusammen für 12 Mk. Schleißeledern das Pfund 50 Pfg., 75 Pfg., 1 Mk., 1 Mk. 50 Pfg. bis 5 Mk.

Probieren und Preislisten gratis und portofrei. Geschäftshaus **J. Lewin**, Marktplatz 2 u. 3, Halle a. S. Aufträge im Gesamtbetrage von 20 Mk. ab portofrei.

